Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

15. JAHRGANG • NR. 97 **Mai 2016**

STANDPUNKT

2 Im Zweifel für die Freiheit

WAHLKREIS

3 FES-Diskussion zu Medien und Integration am 18. Mai
3 SPD-Frühjahrsempfang Innenstadt
4 Vorgestellt: Der SPD-Stadtbezirk Kalk
6 Wahner Heide-Wanderung am 26. Juni
6 Historisches Programm in Bonn am 28. Juni

KÖLN

7 Fraktion vor Ort zum Thema „Industrie 4.0“ am 23. Mai
7 Diskussion zur Innenpolitik mit Eva Högl
8 Treffen zum Bundesverkehrswegeplan

BUNDESTAG

9 Merkel-Entscheidung zu Böhmermann: SPD will „Majestätsbeleidigung“ streichen
10 Eckpunkte für ein Integrationsgesetz
10 Erfolgsgeschichte: Vier Millionen Menschen profitieren vom Mindestlohn
12 Aktuelle Stunde zu den „Panama Papers“
12 Maßnahmenkatalog gegen Steuerbetrug und Geldwäsche
14 Buchpreisbindung auch für E-Books

INFOS UND IMPRESSUM

16 Arbeitsschwerpunkte, Büros, Impressum, Sitzungswochen 2016

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 2.5.2016

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Im Zweifel für die Freiheit

Bundestagsrede von Martin Dörmann in der Aktuelle Stunde am 27. April zum Umgang mit der Presse- und Medienfreiheit in der Türkei und der Causa Böhmermann

Presse- und Meinungsfreiheit sind Grundpfeiler jeder Demokratie. Es muss uns deshalb umtreiben, dass in immer mehr Staaten Journalisten und andere kritische Stimmen mit Repressalien bedroht werden. Wir sollten laut vernehmbar unsere Stimme erheben, um unabhängige Berichterstattung zu schützen.

Das gilt auch und gerade für die Türkei, die aus vielen Gründen ein wichtiges Partnerland für Deutschland ist. Umso mehr muss uns beunruhigen, dass die Türkei auf der von Reporter ohne Grenzen aufgestellten Liste der Pressefreiheit weit hinten liegt, nämlich auf Platz 151 von 180 Staaten.

Seit Jahren gibt es dort eine sehr negative Entwicklung in Bezug auf Presse- und Meinungsfreiheit, entscheidend forciert durch die zunehmend autokratische Politik des heutigen Staatspräsidenten Erdogan.

Hunderte türkische Journalisten müssen sich wegen kritischer oder investigativer Veröffentlichungen vor Gericht verantworten. Inzwischen sind beinahe 2000 Menschen mit Strafverfahren wegen Beleidigung des Präsidenten oder ähnlicher Vorwürfe überzogen worden.

Die FAZ schrieb von einem „Zustand fortgeschrittenen Majestätsbeleidigungswahns“ des Präsidenten, der mit den Methoden eines Polizeistaats vorgehe. Nun sind auch verstärkt ausländische Journalisten im Visier. Es häufen sich Berichte über schwarze Listen. Der Spiegel-Online-Korrespondent Hasnain Kazim musste kürzlich aus Angst vor einer Festnahme das Land verlassen. Auf Spiegel Online schrieb er:

„Die Türkei setzt internationale Pressevertreter unter Druck, mit Einreiseverboten, Anzeigen und Hasskampagnen im Internet. Die Reporter spüren jetzt die Angst, die ihre einheimischen Kollegen schon lange kennen.“ Vermehrt interveniert die Türkei jetzt bei unliebsamen Beiträgen sogar im Ausland, wie mit der Einbestellung des deutschen Botschafters wegen eines Erdogan-kritischen Satireliedes in der ARD-Sendung „extra3“.

Vor diesem Hintergrund war es richtig, dass Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Justizminister Heiko Maas im Kabinett gegen den Antrag der Türkei im Fall Böhmermann und damit gegen eine Strafverfolgungsermächtigung wegen Majestätsbeleidigung gestimmt haben; denn bei dieser Ermessensentscheidung kam es eben nicht auf juristische Erwägungen an, sondern vor allem auf die politische Wirkung.

Die Verweigerung der Ermächtigung wäre ein starkes Signal gewesen, für Satire- und Meinungsfreiheit und gegen die Strategie des türkischen Präsidenten, kritische Stimmen mit den Mitteln des Strafrechts einzuschüchtern.

Die Kanzlerin hat leider anders entschieden und damit in Kauf genommen, dass hierdurch in den Augen vieler Menschen die gegenteiligen Signale gesetzt wurden.

Das Votum der Kanzlerin ist aber auch widersprüchlich; denn sie selbst hat ja die Sondervorschrift des § 103 Strafgesetzbuch, landläufig als Majestätsbeleidigung bekannt, als für die Zukunft entbehrlich bezeichnet und deren Abschaffung angekündigt.

Die Justiz kann ja bekanntlich - wie im vorliegenden Fall - wegen des normalen Beleidigungstatbestandes unabhängig ermitteln, genauso wie bei jedem anderen Bürger, aber eben nicht mit einer erhöhten Strafandrohung wie bei Staatsoberhäuptern.

Nun fragt sich jeder doch: Warum soll jetzt noch zur Anwendung kommen, was eigentlich entbehrlich ist? Das öffnet letztlich Spekulationen Tür und Tor. Es darf doch gar nicht erst ein falscher Eindruck etwa in Bezug auf das Flüchtlingsabkommen der EU mit der Türkei erweckt werden. Vielmehr müssen wir klarmachen: Presse-, Kunst- und Meinungsfreiheit sind für uns nicht verhandelbar.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Ende April einen Gesetzentwurf zur sofortigen Abschaffung dieses unzeitgemäßen § 103 Strafgesetzbuch vorgelegt; denn es sind nicht die Obamas dieser Welt, die sich darauf berufen; es sind andere.

Deshalb zum Schluss mein Appell an unseren Koalitionspartner: Lassen Sie uns diese unselige Sondervorschrift doch einfach schnell streichen! Lassen Sie uns ein klares Signal setzen, dass wir autokratischen Machthabern kein Sonderrecht mehr einräumen; denn unsere Haltung muss doch klar sein: Im Zweifel für die Freiheit.

→ ***Die Video der Bundestagsrede ist eingestellt unter:***
www.martin-doermann.de/2016/04/27/bundestagsrede-zur-presse-und-meinungsfreiheit-in-der-tuerkei/

Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Martin Dörmann

„In Bewegung - Medien, Geflüchtete und Integration“

Mittwoch, 18. Mai 2016, 18:00 Uhr

KOMED, Im Mediapark 7, 50670 Köln (Innenstadt)

Einleitender Vortrag: **Prof. Dr. Hans-Jürgen Weiß** (FU Berlin, ehemals Arbeitsstelle Medienanalyse)

Auf dem Podium: **Martin Dörmann**, MdB (Sprecher für Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion), **Sheila Mysorekar** (Vorsitzende Neue Deutsche Medienmacher), **Peter Pauls** (Chefredakteur Kölner Stadtanzeiger), **Verica Spasovska** (Flüchtlingsbeauftragte der Deutschen Welle).

Geflüchtete verändern nicht nur Deutschland und Europa, sondern stellen die Frage, wie wir zusammenleben wollen und als Einwanderungsgesellschaft bestehen können. Medien machen sichtbar. Sie werfen Licht auf die Herkunftsländer, auf die Flucht, auf das Ankommen, auf Perspektiven und auf das Zusammenleben in Deutschland. Was sollen Medien zur Integration beitragen? Was können Medien für die Herstellung eines gesellschaftlichen Grundkonsenses leisten? Brauchen wir gerade heute einen Journalismus, der Haltung zeigt und Position bezieht? Oder ist genau dieser Anspruch überzogen und Journalismus sollte sich auf objektive Berichterstattung und beschreibende Einordnung konzentrieren?

SPD-Frühjahrsempfang in der Innenstadt

Beste Stimmung über den Dächern von Köln

Der Einladung des SPD-Stadtbezirks Innenstadt zum traditionellen Frühjahrsempfang folgten am 24. April gut 150 geladene Vertreter/innen aus Politik, Kultur, Vereinen und Institutionen in die „Bel Etage“ des Schokoladenmuseums.

Vorsitzender **Tim Cremer** befragte die Mandatsträger in Bund, Land und Kommune zu aktuellen Themen. Die neu in den Bundestag eingezogene 1. Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes** kam noch in Sportkleidung vom Severinsdauerlauf und berichtete über ihr Wahlkreisbüro in der Severinstraße. **Martin Dörmann** erläuterte die Sicht der SPD in der der „Causa Böhmermann“, die beiden Landtagsabgeordneten **Ingrid Hack** und **Stephan Gatter** berichteten von dem umfangreichen Integrationsplan NRW der Landesregierung und dem Verhältnis zwischen Politik und Bürger/innen.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt **Dr. Regina Börschel** machte deutlich, dass auch die SPD vor Ort für ein besserer Miteinander der Menschen in der Innenstadt arbeitet, Themen wie die Attraktivierung von Plätzen und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum stehen regelmäßig auf der Tagesordnung der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt.

Der Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion **Martin Börschel**, mit seinen Kollegen im Rat der Stadt Köln **Karl-Heinz Walter** und **Dietmar Ciesla-Baier** waren auch gekommen, um für Gespräche zur Verfügung zu stehen.

Der Vorsitzende der SPD-Innenstadt zeigte sich sichtlich bewegt von den klaren Statements seiner Parteifreunde: „Unsere Grundsätze, Freiheit und Gleichheit werden hier durch alle Ebenen ersichtlich, auf kommunaler Ebene, im Land und im Bund arbeiten wir für Lebensbedingungen der Menschen.“

Die Gäste genossen neben den politischen Gesprächen die herrliche Aussicht auf die Altstadt, leckere Speisen und eine anregende Krimilesung.

Vorgestellt: Die SPD im Stadtbezirk Kalk

Gastbeitrag von Marco Pagano, Vorsitzender des SPD-Stadtbezirks Kalk

Im Stadtbezirk Kalk leben rund 117.000 Menschen in neun sehr unterschiedlichen Stadtteilen. Dies macht zum einen den Charme unseres Bezirks aus. Zum anderen macht es die politische Arbeit sehr spannend, denn die Interessen von Stadtteilen mit einer dörflicheren Struktur wie Rath/Heumar, Merheim oder Brück müssen genauso berücksichtigt werden wie die alten Arbeiterveedel Kalk, Höhenberg oder Humboldt/Gremberg in Innenstadtnähe.

Die sechs SPD-Ortsvereine und der SPD-Stadtbezirk

Die SPD gliedert sich im Bezirk Kalk in sechs Ortsvereine: Kalk/Humboldt/Gremberg, Höhenberg, Vingst/Ostheim, Merheim, Brück/Neubrück und Rath/Heumar. Sie sind die Basis der Sozialdemokratie im Stadtbezirk Kalk. Dort haben die Menschen meistens den ersten Kontakt zu uns. Dort sind wir im Veedel verwurzelt, in anderen Vereinen vernetzt und kümmern uns um alltägliche Sorgen und Themen.

Die SPD ist bereits seit vielen Jahren stark bezirklich orientiert. Wir sind gut vernetzt und bei den großen Themen immer als Stadtbezirk vorne dabei. Wir überbrücken die Ortsvereinsgrenzen und bieten seit längerer Zeit bereits verstärkt inhaltliche Angebote und erfolgreich größere Veranstaltungen auf der Stadtbezirksebene an. So unterstützen wir nicht nur unsere Basis. Wir sind eine erkennbare Marke für soziale Gerechtigkeit und der verlässliche politische Partner für die Menschen im Stadtbezirk Kalk.

Eines unserer wichtigsten Veranstaltungsprojekte ist beispielsweise das **Rote Frühstück**, mit dem wir außerhalb der Wahlkampfzeit in lockerer Atmosphäre regelmäßig bei den Menschen vor Ort im Veedel sind. Hierfür wurden wir 2015 auch mit dem Norbert-Burger-Preis der KölnSPD für besonderes Engagement ausgezeichnet.

Unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

Im Bundestag wird der Stadtbezirk Kalk seit 2002 durch **Martin Dörmann** vertreten. Im Landtag haben wir zwei Abgeordnete: **Stephan Gatter** vertritt neben Deutz und der nördlichen Innenstadt die westlichen Stadtteile unseres Bezirks, von Kalk und Humboldt/Gremberg bis nach Neubrück. **Jochen Ott** ist Abgeordneter der Stadtteile Merheim, Brück und Rath/Heumar sowie des Stadtbezirks Porz. Wir sind stolz darauf, dass unsere Abgeordneten seit Jahren direkt gewählt werden.

Unser Team im Kölner Stadtrat

Bei der Kommunalwahl 2014 konnten wir drei der fünf Ratswahlkreise direkt gewinnen. Unser Team im Kölner Stadtrat, welches die Interessen unseres Stadtbezirks auf Kölner Ebene vertritt sind **Susana Dos Santos Herrmann (Vingst/Humboldt/Gremberg)**, **Michael Paetzold (Kalk, Humboldt/Gremberg)** und **Gerrit Krupp (Höhenberg/Merheim)**.

Eine starke SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung

Seit 2009 ist Markus Thiele Bürgermeister des Stadtbezirks Kalk. Gemeinsam konnten wir auch 2014 die Kommunalwahl in unserem Stadtbezirk gewinnen. Vorsitzender der siebenköpfigen Fraktion ist **Marco Pagano**. Die weiteren Fraktionsmitglieder sind **Markus Klein**, **Claudia Greven-Thürmer**, **Wolfgang Schneider, Christian Robyns** und **Jörg Grahl**. Seniorenvertreterin ist **Elisabeth Murawski**.

Wichtige Themen im Stadtbezirk Kalk

Uns ist wichtig, bei unserer politischen Arbeit immer nah bei den Menschen vor Ort zu sein. So arbeiten wir intensiv an den wichtigsten Themen in unserem Stadtbezirk und bringen diese engagiert voran. Die wichtigsten Themen sind hierbei z. B.:

Masterplan Neubrück: Köln steht vor großen Herausforderungen. In den nächsten 15 Jahren wird unsere Stadt um 200.000 Menschen wachsen. Bereits heute besteht ein großer Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum. Das gilt auch für den Stadtbezirk Kalk. Das bedeutet: Wohnungen bauen! Auch vor der eigenen Haustüre. Wir haben uns jahrelang dafür ausgesprochen, die freie Fläche zwischen Neubrück, Brück und Rath/Heumar nicht zu bebauen. Wir bleiben dabei, der Kern des Freiraums muss erhalten bleiben. Doch wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum. Auch bei uns im Kölner Osten. Dafür müssen wir mehr Wohnungen bauen und neue Lösungen in den Blick nehmen.

Insbesondere das alte Madaus-Gelände am Neubrücker Ring birgt viel Potenzial um die aktuellen Herausforderungen in Köln und Neubrück zu lösen. Denn für uns ist klar: Neubrück ist ein Stadtteil, in den wir investieren müssen. Auch wenn die anderen Parteien das anders sehen. Wir stehen zu Neubrück und wollen unserer Verantwortung für Köln gerecht werden.

Entwicklung der Hallen Kalk: 2015 haben wir als erste Partei die Entwicklung der Hallen Kalk in den Fokus genommen. Uns war wichtig, die historischen – aber leider maroden – Industriehallen zu erhalten.

Wir können am Ottmar-Pohl-Platz in Kalk nicht nur das Kölner und Kalker Kulturangebot ausbauen und stärken. Wir haben die Chance, wichtige Weichen für die gesamte Entwicklung des Stadtteils zu stellen.

So haben wir die Möglichkeit eine neue Kultur- und Veranstaltungshalle zu schaffen - für Theater und Tanz, für Konzerte, vielleicht auch für Clubparties oder auch für Versammlungen und für die örtlichen Vereine, z. B. beim Thema Karneval. Auch die beiden angrenzenden Hallen 76 und 77 sind unbedingt zu erhalten. Durch ihren unverwechselbaren Charakter sind sie identitätsstiftend. Dort eine Ausstellung der Ludwig-Stiftung zu schaffen, anstatt die Werke wie bisher nur einzulagern, hätte großen Charme und wäre eine tolle Chance. Die Ludwig-Stiftung wünscht einen rechtsrheinischen Standort und dort bietet sich die Chance dafür.

Auch Ateliers sind an dieser Stelle gut vorstellbar. Eine weitere Idee könnte der Betrieb eines Indoor-Spielparadieses sein. Ebenso sollte die historische Krananlage auf dem Ottmar-Pohl-Platz erhalten bleiben. Wir haben viele Ideen und diskutieren diese mit den Menschen vor Ort. Zuletzt haben wir die Stadtverwaltung beauftragt, ein Nutzungskonzept unter Berücksichtigung unserer Ideen zu erarbeiten. Wir bleiben am Ball!

Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs: Ein wichtiges Ziel war für uns der Ausbau der öffentlichen Personennahverkehrs. Wir wissen: Große Projekte brauchen immer ihre Zeit. Deswegen haben wir bereits 2014 direkt nach der Kommunalwahl beschlossen, dass der rechtsrheinische Busverkehr ausgebaut werden soll.

Wir wollen den Nord-Süd-Verkehr zwischen den Stadtbezirken Porz, Kalk und Mülheim ausbauen. So haben wir u. a. auf den Weg gebracht, dass z. B. die Buslinie 154 in den Abendstunden und insbesondere am Wochenende ausgebaut wird. Es soll eine Schnellbuslinie – ein sogenannter Metroliner – geschaffen werden, der speziell für Pendler eine schnelle Verbindung von Porz bis zum ChemPark Leverkusen ermöglicht, in dem er nur die wichtigsten Querverbindungen anfährt. Ebenfalls haben wir beschlossen, ein Nachtbussystem in unserem Stadtbezirk zu installieren.

*Zum letztjährigen SPD-Bürgerempfang in Brück konnten der SPD-Stadtbezirksvorsitzende **Marco Pagano** (Mitte), der Landtagsabgeordnete **Jochen Ott** und **Martin Dörmann** neben zahlreichen Gäste auch den Präsidenten des Europaparlamentes **Martin Schulz** als Referenten begrüßen.*

Einladung zur traditionellen Wanderung durch die Wahner Heide

Mit Martin Dörmann und Jürgen Schumann durch die Nordheide

Wie es schöne Tradition geworden ist, lädt **Martin Dörmann** auch in diesem Jahr wieder interessierte Bürgerinnen und Bürger zu seiner gemeinsamen Wanderung durch die Wahner Heide ein. Begleitet und kommentiert wird die Führung erneut durch den Journalisten **Jürgen Schumann**, bekannter Dokumentarfilmer und ausgewiesener Kenner der Heide-Landschaft.

Dauer: etwa zwei bis drei Stunden, je nach Wetterlage. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Treffpunkt ist am **Sonntag, 26. Juni, um 10:00 Uhr** auf dem Parkplatz Maikammer (Alte Kölner Str., 51147 Köln). Er befindet sich an der Alten Kölner Straße kurz vor der Auffahrt zur Flughafenautobahn L498.

Die Wanderung führt in diesem Jahr erneut in die Nordheide. Erkundet wird die wunderschöne Waldlandschaft rund um den Urbacher Buschweg.

Martin Dörmann bietet wieder ein historisches Programm in Bonn an

Besuch im „Haus der Geschichte“ mit Besichtigung des Kanzlerbungalows

Martin Dörmann lädt interessierte Bürgerinnen und Bürger am **Dienstag, 28. Juni, ab 10:00 Uhr** zu einer Halbtagesreise nach Bonn ein. Gegen eine geringe Kostenbeteiligung stehen der Besuch im „Haus der Geschichte“ und eine Besichtigung des „Kanzlerbungalows“ auf dem Programm.

Die Fahrt erfolgt im Reisebus ab/nach Köln. Der genaue Treffpunkt wird nach Anmeldung bekannt gegeben. Für einen Imbiss zur Stärkung wird ebenfalls gesorgt.

Die Teilnahmegebühr beträgt 10 Euro pro Person. Da die Besichtigung des Kanzlerbungalows äußerst beliebt und die Teilnehmerzahl begrenzt ist, wird um frühzeitige **Anmeldung** im SPD-Bürgerbüro Porz per eMail an martin.doermann.wk@bundestag.de oder telefonisch (02203/52144) gebeten.

Der Kanzlerbungalow ist das ehemalige Wohn- und Empfangsgebäude der Bundeskanzler. 1963 vom Architekten Sep Ruf entworfen, stand es allen Regierungschefs von 1964 bis 1999 als Wohnung und zu Repräsentationszwecken zur Verfügung. Der Rundgang ermöglicht Einblicke in die repräsentativen und privaten Räume. Eine Ausstellung informiert über die Bundeskanzler und die Nutzung des Gebäudes.

Das Haus der Geschichte bietet mit seiner Dauerausstellung einen interessanten Querschnitt durch die jüngste Vergangenheit Deutschlands vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Gegenwart. Auf 4.000 m² veranschaulichen mehr als 7.000 Ausstellungsstücke und 150 Medienstationen deutsche Zeitgeschichte im internationalen Kontext.

Nach einer Führung durch die Dauerausstellung besteht die Möglichkeit, kurz die aktuelle Sonderausstellung „Inszeniert – Die deutsche Geschichte im Spielfilm“ zu besuchen. Dazu zeigt die aktuelle Wanderausstellung „Inszeniert. Deutsche Geschichte im Spielfilm“ die filmische Aufarbeitung mit Deutscher Geschichte in Kino und Fernsehen nach 1945.

„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung der SPD-Bundestagsabgeordneten

„Industrie 4.0 - Digitalisierung der Arbeitswelt“

Montag, 23. Mai 2016, 19:00 Uhr

Heizkraftwerk Südstadt der RheinEnergie AG, Zugweg 29 - 30, 50667 Köln (Innenstadt)

Die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten laden zu einer Diskussion mit folgenden Gästen ein:

Prof. Dr. Elena Algorri (Fakultät für Informatik und Ingenieurwissenschaften, Institut für Automation & Industrial IT der TH Köln), **Rainer Ludwig** (Geschäftsführer Personal- und Sozialwesen Ford-Werke GmbH), **Dr. Witich Roßmann** (1. Bevollmächtigter IG Metall Köln-Leverkusen) sowie **Dr. Ulrich Soénius** (stellv. Hauptgeschäftsführer, Geschäftsbereichsleiter Standortpolitik, IHK Köln)

Auch in der Arbeitswelt ist die fortschreitende Digitalisierung zu beobachten. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist es wichtig, dass dabei weiterhin der Mensch im Mittelpunkt steht. Daher soll mit den Gästen über die Frage gesprochen werden, was Bildung, Politik und Gesellschaft unternehmen müssen, um den neuen wirtschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden, ohne Arbeitsplätze zu gefährden und vielen Menschen die Möglichkeit zu geben, den Veränderungsprozess mitzugestalten.

„Fraktion vor Ort“: Diskussion zur Innenpolitik mit Eva Högl, MdB

„Öffentliche Sicherheit und Integration sind ursozialdemokratische Anliegen“

Auf Einladung der vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten kamen am 19. April zahlreiche Gäste zur „Fraktion vor Ort“ in den voll besetzten Saal des Literaturhauses Köln. Referentin zu aktuellen Herausforderungen der Innenpolitik war **Dr. Eva Högl**, stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Unter den Gästen: **Abraham Lehrer**, Vorstandsmitglied der Kölner Synagogengemeinde und Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland.

In ihrer Begrüßung betonte **Elfi Scho-Antwerpes**, dass der soziale Zusammenhalt ein wichtiges Fundament für die innere Sicherheit im Land ist. Sie verwies auf entsprechende sozialdemokratische Projekte im Bund und die gute Arbeit der SPD-Minister/innen.

Den Kampf für Zusammenhalt und gegen rechte Gewalt hob auch Eva Högl in ihrem Vortrag hervor: „Die ausländerfeindlich motivierten Gewalttaten und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte sind drastisch gestiegen. Wenn wir die aktuellen Zahlen des ersten Quartals auf das Jahr 2016 hochrechnen, haben wir über 1900 Angriffe auf Flüchtlingsheime.“ Eva Högl rief dazu auf, Rechtsextremismus im Keim zu ersticken, das große Böse fange oft schon im Kleinen an.

Breiten Raum nahmen in ihrer Rede die Herausforderungen Terrorismus, Alltagskriminalität und organisierte Kriminalität ein. Um öffentliche Sicherheit zu stärken seien keine neuen Gesetze notwendig, sondern deren konsequente Umsetzung und eine bessere Personalausstattung. Zudem verwies sie auf zusätzliche Fördergelder des Bundes für Sicherungsmaßnahmen gegen Wohnungseinbrüche, auch für Mieter.

Es sei verständlich, dass die hohen Zuzugszahlen von Geflüchteten vielen Menschen Sorgen bereiten. Notwendig seien eine konsequente Bekämpfung von Fluchtursachen, europäische Lösungen und geordnete Asylverfahren. Sie freue sich sehr, dass es gelungen sei, sich innerhalb der Koalition auf Eckpunkte für ein Integrationsgesetz zu einigen. Die SPD-Bundestagsfraktion werde bei der Umsetzung darauf achten, dass dabei neben dem Fordern das Fördern nicht zu kurz komme.

Dem spannenden Vortrag folgte eine angeregte Diskussion, die von **Martin Dörmann** moderiert wurde. In seinem Schlusswort fasste er den Abend wie folgt zusammen: „Öffentliche Sicherheit und Integration sind ursozialdemokratische Anliegen, die wir mit Nachdruck umsetzen werden.“ Zudem verwies er darauf, dass die Kölner Bundestagsabgeordneten sich im regelmäßigen Austausch mit Kölner Flüchtlingshelfern und Initiativen befänden. Erst am Mittag habe man sich mit Vertretern Kölner Willkommensinitiativen und Flüchtlingen getroffen: „Die Arbeit der vielen ehrenamtlich tätigen Kölnerinnen und Kölner können wir nicht hoch genug schätzen“.

„Zeit für mehr Solidarität“ hieß das diesjährige DGB-Motto zum 1. Mai. Auch in Köln demonstrierten Tausende für mehr Solidarität - zwischen den arbeitenden Menschen, den Generationen, Einheimischen und Flüchtlingen, Schwachen und Starken.

Kölner Projekte im Bundesverkehrswegeplan

Treffen mit dem SPD-Bundestagsexperten Gustav Herzog, MdB

Auf Einladung seiner Fraktionskollegen **Martin Dörmann** und **Sebastian Hartmann** kam am 21. März **Gustav Herzog** (Foto) in seiner Eigenschaft als SPD-Berichterstatter für den Bundesverkehrswegeplan nach Köln. Mit Kölner Verkehrsexperten wurden die dort vorgesehenen Projekte in der Region Köln und Möglichkeiten weiterer Änderungen am von Bundesverkehrsminister kürzlich vorgelegten Entwurf für den Bundesverkehrswegeplan 2030 erörtert (siehe auch letzte Berlin Depesche).

Der Bundesverkehrswegeplan ist ein Planungsinstrument der Bundesregierung, das dem Ziel einer langfristigen und integrierten Verkehrspolitik dienen soll. Er legt verkehrsträgerübergreifend (Straße, Schiene, Wasser) fest, wo der Bund auf Grundlage seiner Verkehrsprognosen Investitionsbedarf sieht. Der Betrachtungshorizont liegt bei etwa 15 Jahren.

NRW profitiert vom neuen Plan besonders: Vom gesamten Volumen, das für die Staubeseitigung investiert werden soll, fließen fast 38 Prozent nach NRW. Insgesamt erhält Nordrhein-Westfalen 6,2 Milliarden Euro für Neubaumaßnahmen im sogenannten „Vordringlichen Bedarf" (VB) und „Vordringlichen Bedarf Engpassbeseitigung" (VB-E) – bei Projekten dieser Stufe kann davon ausgegangen werden, dass sie bis 2030 tatsächlich fertiggestellt oder zumindest begonnen werden. Mit den Investitionen für Erhaltung und Ersatzbauten kommt NRW auf runde 10 Milliarden Euro in dieser Kategorie im Bereich der Straßen.

In der Region Köln wurden zahlreiche Projekte in der höchsten Priorität eingestuft. Zusätzlich sollten auch die Rheinbrücke Godorf-Niederkassel und die Südtangente mit Ennertaufstieg und Venusbergtunnel aus dem „Weiteren Bedarf mit Planungsrecht“ (WB*) gehoben werden.

NRW-Verkehrsminister **Michael Groschek** erklärte: „Die neue Querspange im Autobahnnetz mit einer Rheinbrücke bei Wesseling ist zur Entlastung des Kölner Rings und zur Anbindung der Boomregion südlich von Köln dringend erforderlich. Wir müssen nun alle Kräfte bündeln und uns gemeinsam für eine höhere Bewertung dieser wichtigen neuen Querspange bei Wesseling einsetzen.“

Zum Bereich Schiene: Der Bahnknoten Köln ist einer von fünf sogenannten „Großknoten" im deutschen Schienennetz, die im Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden. Sie sind in der jetzt abgeschlossenen ersten Phase noch nicht umfassend bewertet worden, aber weil ihre Wirtschaftlichkeit als begründbar gilt, sind bereits 2,5 Milliarden Euro für die Knoten Mannheim, Hamburg, München, Frankfurt und Köln eingestellt worden, die nach erfolgter Aufnahme in den Plan abgerufen werden können. Der Nahverkehr Rheinland hat schon 2012 ermittelt, welche Maßnahmen vorgenommen werden müssten, um rund um Köln einen der größten Engpässe zu beseitigen, den das deutsche Schienennetz aufweist. Der Ausbau des Kölner Bahnknotens muss jetzt genau definiert werden, der Nachweis der Wirtschaftlichkeit in der zweiten Untersuchungsphase des Bundesverkehrswegeplans wird zügig erfolgen.

Im Anschluss an die sechswöchige Bürgerbeteiligung seit dem 21. März erarbeitet das Bundesverkehrsministerium den zweiten Arbeitsentwurf und schließt die Ressortabstimmung ab. Danach beginnt das parlamentarische Verfahren mit intensiven Beratungen und Anhörungen im Deutschen Bundestag. Die Ausbaugesetze sollen bis Ende Dezember im Parlament beschlossen werden. Bis zu einer tatsächlichen Baufreigabe, unanfechtbares Baurecht vorausgesetzt, folgen den Ausbaugesetzen zunächst Fünfjahrespläne (Investitionsrahmenplan) und dann die Finanzierung, die der Haushaltsausschuss im Rahmen seiner jährlichen Haushaltsberatungen bewilligt.

Merkel-Entscheidung zu Böhmermann falsch und widersprüchlich

SPD will unzeitgemäße „Majestätsbeleidigung“ unverzüglich abschaffen

Auf Antrag der Türkei gab Bundeskanzlerin **Angela Merkel** am 15. Mai mit ihrer Stimme den Weg für ein Ermittlungsverfahren gegen den ZDF-Satiriker **Jan Böhmermann** nach Paragraph 103 Strafgesetzbuch wegen dessen „Schmähkritik“ gegen den türkischen Präsidenten **Erdogan** frei. Gleichzeitig kündigte sie einen Gesetzentwurf der Bundesregierung an, um die „entbehrliche“ Norm mit Wirkung zu 2018 abzuschaffen.

Martin Dörmann, kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagfraktion, kritisiert die Entscheidung der Kanzlerin, die gegen Außenminister **Frank-Walter Steinmeier** und Justizminister **Heiko Maass** erfolgte: „Merkel hat es versäumt, in Sachen **Jan Böhmermann** ein klares Signal für Meinungsfreiheit zu setzen. Zudem ist es widersprüchlich, grünes Licht für eine Strafverfolgung zu geben, die man eigentlich für überflüssig hält und für die Zukunft ausschließen möchte. Sie jetzt doch noch zugunsten der Türkei wirken zu lassen, öffnet Spekulationen Tür und Tor, die Kanzlerin sei gegenüber der Türkei nicht voll handlungsfähig.“

Die SPD-Fraktion will den Paragraphen 103 StGB mit sofortiger Wirkung und nicht erst ab 2018 abschaffen und hat inzwischen einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Gleichzeitig blicken die Sozialdemokraten mit Sorge auf die zunehmende Beschränkung der Pressefreiheit und der Freiheit von Kulturschaffenden in der Türkei selbst. So sehr die SPD-Fraktion an einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit der Türkei interessiert ist, so sehr gilt, dass es keinen Rabatt in der Frage der Menschenrechte geben darf.

Martin Dörmann beschrieb in einer Bundestagsdebatte die Position der SPD zur Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei sowie in Sachen Böhmermann. Die Rede ist auf Seite 2 abgedruckt.

In der Hörfunksendung „WDR 2 Arena“ nahm Martin Dörmann an einer spannenden Diskussion zum kontroversen Thema Böhmermann/Erdogan teil, bei der auch Hörer/innen zugeschaltet wurden.

→ **Ein einstündiger Zusammenschnitt der Sendung ist in der WDR 2-Mediathek abzurufen unter: www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr2/wdr2-arena/audio-fall-boehmermann-was-duerfen-wir-jetzt-noch-sagen-100.html**

Deutschland bekommt ein Integrationsgesetz

Integration und Innere Sicherheit im Fokus

Die Spitzen der Regierungskoalition haben sich auf bestimmte Maßnahmen in der Integrationspolitik und der inneren Sicherheit verständigt.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wird Integration verbindlich in einem Gesetz geregelt. Das ist ein historischer Schritt. So schafft die Koalition Orientierung für die neu nach Deutschland kommenden Menschen und macht Integration für alle planbarer. Dieses Gesetz signalisiert: Leistung lohnt sich.

SPD-Fraktionschef **Thomas Oppermann** sagt: „50 Jahre nach dem Beginn der Einwanderung bekommt Deutschland jetzt ein Integrationsgesetz."

Die Koalition wird dafür sorgen, dass junge Menschen nicht länger in den Erstaufnahmeeinrichtungen zum Nichtstun verdammt sind, sondern durch 100.000 zusätzliche Arbeitsgelegenheiten einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen können.

Im Sinne eines „Förderns und Forderns" wollen SPD und Union die Eigenbemühungen von Asylbewerbern unterstützen. So machen sie Integration für alle verbindlicher und schaffen mehr Sicherheit. Deutlich früher als bisher erhalten Schutzsuchende Zugang zu Leistungen der Ausbildungsförderung. Es wird Rechtssicherheit für alle Betriebe geschaffen, die ausbilden und für alle Flüchtlinge, die eine Ausbildung anstreben. Der Aufenthalt ist für die ganze Dauer der Ausbildung gesichert, und nach erfolgreicher Ausbildung schließt sich ein zweijähriges Aufenthaltsrechts zur Beschäftigung an („3+2"-Regelung). Die Altersgrenze für den Beginn einer Ausbildung entfällt. Die Vorrangprüfung wird für drei Jahre in Gebieten mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit ausgesetzt. Das hilft vielen, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Um für anerkannte Flüchtlinge und Asylberechtigte einen zusätzlichen Integrationsanreiz zu schaffen, wird eine Daueraufenthaltserlaubnis nur erteilt, wenn Integrationsleistungen erbracht worden sind. Dabei wird aber weiterhin auch die Lage im jeweiligen Herkunftsland berücksichtigt.

Die Koalition öffnet für Flüchtlinge neue und schnellere Zugänge zu Integrationskursen. Der Anspruch darauf soll auf das erste Jahr nach Ankunft konzentriert werden. Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive müssen möglichst schnell einen Kurs besuchen können. Wartezeiten sollen von bisher drei Monaten auf sechs Wochen verkürzt werden. Die Kursangebote werden entsprechend ausgeweitet.

Und schließlich haben SPD und Union eine Reihe von praktischen Problemen gelöst: So erhalten Schutzsuchende in Zukunft einen Ankunftsnachweis, um frühzeitig Zugang zu Arbeitsmarkt und Integrationsleistung zu bekommen und auch die Übernahme von Dolmetscherkosten wird klarer geregelt.

Mit dem Integrationsgesetz schreibt ein Regierungsbündnis zum ersten Mal die Angebote und die Erwartungen an Integration verbindlich fest. Damit haben die Sozialdemokraten eines ihrer zentralen Anliegen durchgesetzt: In ein paar Jahren wird dieses Integrationsgesetz als erster Schritt zu einem modernen Einwanderungsgesetz gelten.

Vizekanzler **Sigmar Gabriel** sagt: "Integration ist anspruchsvoll. Sie ist anstrengend. Sie stellt Anforderungen an die Menschen, die zu uns kommen. Sie stellt aber auch Anforderungen an unseren Staat." Das Integrationsgesetz bezeichnete er als "historischen Schritt" und fügte an: "Wer zu uns gehören will, der wird nun bessere Möglichkeiten haben, seinen eigenen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten."

Kriminalität bekämpfen, öffentliche Sicherheit garantieren

Innere Sicherheit ist ein sozialdemokratisches Thema. Nur sehr reiche Menschen können sich einen armen Staat leisten. Deshalb ist die öffentliche Sicherheit eine zentrale Aufgabe des Sozialstaats und ein unverzichtbares Bürgerrecht. Mit den Beschlüssen des Koalitionsausschusses wird ein Paket zur Bekämpfung von Terrorismus auf den Weg gebracht. An weiteren Maßnahmen zur allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung arbeiten die Koalitionsfraktionen, insbesondere werden die Mittel zur Einbruchssicherung erhöht.

Deutschland ist gut aufgestellt, um terroristischen Herausforderungen zu begegnen. Dank des Einsatzes von Bundesjustizminister **Heiko Maas** gibt es in dieser Legislaturperiode z. B. einen neuen Straftatbestand zur Terrorismusfinanzierung und des Reisens in Terrorcamps.

Die Anschläge in den vergangenen Monaten zeigen: Es mangelt nicht an Daten, es mangelt an grenzüberschreitender Zusammenarbeit, an Austausch und auch an Personal. Deshalb wird es keine neuen Maßnahmen zur Massenüberwachung geben. Vielmehr stärkt die Koalition die Kooperation der Sicherheitsbehörden und stockt die Mittel auf, damit die Behörden intensiven Druck auf hier ansässige Unterstützer

des Terrors ausüben können. Ebenso müssen Beratungsstellen und Präventionsträger finanziell besser ausgestattet werden. SPD und Union wollen eine Selbstverpflichtung der Internetunternehmen, gegen terroristische Propaganda im Netz vorzugehen. Terrorfinanzierung hängt eng mit Geldwäsche zusammen, daher wird die Koalition die Geldwäschebekämpfung verschärfen. Allerdings verweigert sich die Union bisher der SPD-Forderung, über die bereits beschlossenen 3000 Stellen bei der Bundespolizei und beim Bundeskriminalamt weitere 3000 Stellen dort zu schaffen. Hierfür wird sich die SPD-Fraktion weiter einsetzen.

Sigmar Gabriel betont: "Sicherheit ist nicht nur soziale Sicherheit, sondern auch innere Sicherheit. Sie schützt die innere Freiheit in Deutschland. Innere Sicherheit ist ein sozialdemokratisches Thema. Nur sehr Reiche Menschen können sich einen armen Staat leisten, weil sie sich ihre Sicherheit über privaten Wachschutz finanzieren." Deshalb sei auch die öffentliche Sicherheit in Deutschland "eine zentrale Aufgabe des Sozialstaats und ein unverzichtbares Bürgerrecht".

Koalitionsprojekte Leiharbeit und Werkverträge, Rente, Bundesteilhabegesetz

Die Koalition hat bekräftigt, dass der Koalitionsvertrag gilt und dass die verabredeten Projekte umgesetzt werden. Daran hatte es zuletzt immer wieder Zweifel gegeben, die nun ausgeräumt sind.

Der von Bundesarbeitsministerin **Andrea Nahles** vorgelegte Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Missbrauchs bei Werkverträgen und Leih- und Zeitarbeit geht unverändert in die Ressortabstimmung sowie Länder- und Verbändeanhörung. Für die SPD-Fraktion ist klar: Die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags hierzu dürfen nicht weiter in Frage gestellt werden. Mit diesem Gesetzentwurf wollen die Sozialdemokraten der Arbeit ihren Wert zurückgeben. Leistung muss Sicherheit und faire Löhne schaffen.

Auch für die weiteren zentralen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag sind die Verfahren zur Umsetzung geklärt. Das betrifft das Bundesteilhabegesetz, mit dem die Voraussetzungen für eine bessere gesellschaftliche Teilhabe behinderter Menschen geschaffen werden sollen, ebenso wie die Bereiche Renten und Energie.

Bei der Erbschaftssteuer ist die SPD hart geblieben, weil es um eine Kernfrage sozialer Gerechtigkeit geht: Sie will Betriebe und Arbeitsplätze schützen, nicht die Steuerfreiheit großer Vermögen. Die Sozialdemokraten machen nichts mit, was verfassungswidrig und dazu noch grob ungerecht ist.

→ **Die Beschlusspapiere sind abzurufen unter:**
www.spdfraktion.de/system/files/documents/eckpunkte_integrationsgesetz.pdf und
www.spdfraktion.de/system/files/documents/terrorismusbekaempfung_massnahmenkatalog.pdf

Mindestlohn: Vier Millionen Menschen profitieren

Mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt

Die aktuellen Zahlen des Statischen Bundesamtes belegen, dass sich die Einführung des Mindestlohns für vier Millionen Menschen auszahlt. Das betrifft somit mehr als zehn Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland, und es sind rund 300.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr als ursprünglich angenommen wurde. Für vier Millionen Beschäftigte bedeutet das eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 18 Prozent.

Die Zahlen machen deutlich, dass der Mindestlohn zu mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt führt. Das zeigt sich vor allem in Branchen, in denen Schutzstandards fehlen. Denn mehr als 80 Prozent derjenigen, die den Mindestlohn erhalten, arbeiten in Betrieben ohne Tarifbindung.

Vor allem Frauen kommt der Mindestlohn zugute, denn zwei Drittel der Beschäftigten, die durch den Mindestlohn mehr Lohn bekommen, sind Frauen.

Zudem trägt der Mindestlohn zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland bei: In Ostdeutschland bekommen 22 Prozent der Beschäftigten nun höhere Einkommen. In Westdeutschland sind es knapp neun Prozent. Damit schließt sich die Lohnlücke zwischen Ost- und Westdeutschland im Niedriglohnbereich weiter.

Gut die Hälfte derjenigen, die den Mindestlohn erhalten, sind geringfügig Beschäftigte – also so genannte Minijobber. Das zeigt, dass gerade in diesem Bereich der Mindestlohn bitter nötig war.

Insgesamt werden laut Statistischem Bundesamt – unveränderte Arbeitszeiten vorausgesetzt – monatlich 431 Millionen Euro mehr an Bruttolohn ausgezahlt. Das zahlt sich nicht nur individuell aus, sondern das ist auch gut für unsere gesamte Gesellschaft: Denn es bedeutet mehr Steuereinnahmen für mehr Investitionen, mehr Einnahmen in den Sozialkassen und 50.000 Menschen weniger, die ihr Gehalt mit Arbeitslosengeld II aufstocken müssen.

Fazit: Der Mindestlohn hat keine Jobs vernichtet, er hat viele Jobs besser gemacht. Damit hat er seine Kritiker widerlegt.

.

Aktuelle Stunde zu den Panama Papers

Auch Unternehmen sind gefordert

Am 20. April sind die so genannten Panama Papers Gegenstand einer parlamentarischen Debatte gewesen. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen fand eine Aktuelle Stunde unter dem Titel „Mehr Transparenz bei Steueroasen und Briefkastenfirmen durch international abgestimmtes Vorgehen durchsetzen“ statt.

Hintergrund ist die Enthüllung über tausende Briefkastenfirmen in Panama, eingerichtet mithilfe der Kanzlei Mossack Fonseca. Unter den anonymen Kunden sind offenbar auch tausende Deutsche, prominent und nicht-prominent.

Im Bundestag sprach der Nordrhein-Westfälische Finanzminister **Norbert Walter-Borjans** als Vertreter des Bundesrates. Die wichtigste Botschaft der Panama-Enthüllungen sei, dass die Steuerhinterzieher und ihre Helfer nicht mehr sicher sein könnten. Walter-Borjans lobte die Steuerfahnder der Bundesländer für ihre gute Arbeit, zugleich müsse die Politik signalisieren, dass es nicht mehr nur um Ankündigungen gehe, sondern der Gesetzgeber nun wirklich stärker handelt. Er verwies auf einen seit zwei Jahren vorliegenden Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, in dem auch die Helfer von Steuerhinterziehern belangt würden. Er warb um mehr internationale Verabredungen – und um Sanktionen, wenn diese nicht eingehalten werden.

SPD-Fraktionsvize **Carsten Schneider** zeigte sich überrascht von die Dimension der Enthüllungen. Auch er mahnte an, den seit 2013 im Raum stehenden Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zu verabschieden. Denn darin würden die Banken auf nationaler Ebene in die Verantwortung gebracht – für ihn oftmals „die Spinne im Netz“. Als schärfstes Mittel müsse auch ein Entzug der Banklizenz geprüft werden, wenn Banken bei Steuerhinterziehung helfen. Auch für eine Aufstockung der Steuerfahnder warb Schneider sowie für die Begrenzung des Bargelds. Denn das erschwere Korruption und Schwarzgeldzahlungen.

Beschlusspapier der SPD-Bundestagsfraktion

Schneider erläuterte den Abgeordneten einen 20 Punkte umfassenden Beschluss seiner Fraktion zum Kampf gegen Steuerbetrug. Es gehe schließlich bei dem versteckten Geld nicht nur um Hinterziehung, sondern auch um Organisierte Kriminalität, Diktatorengeld und Terrorismusfinanzierung.

Das Papier (siehe unten) befasst sich mit nationalen, europäischen und internationalen Maßnahmen – im Gegensatz zu Vorschlägen des Bundesfinanzministers, die nur auf internationale Regeln abzielen.

Lothar Binding, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, forderte mehr ethische Grundsätze von Unternehmen, dann müsse die Politik auch nicht noch mehr regulieren. Laut Binding bieten sich Briefkastenfirmen geradezu für Steuerbetrug an. Deshalb bedürfe es schärferer Regeln, etwa bei der Geldwäscherichtlinie. Er forderte auch ein international vernetztes Transparenzregister für solche Unternehmen. Ein weiter Vorschlag: Geldströme von und nach dubiosen Unternehmen blockieren.

Der SPD-Abgeordnete **Jens Zimmermann** bezeichnete die Enthüllungen als „Weckruf“, mehr zu tun beim Kampf gegen Steuerbetrug, und vor allem schneller zu handeln.

Gegen Steuerbetrug, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

SPD-Fraktion legt Maßnahmenkatalog vor

Die Enthüllungen über in Panama gegründete Briefkastenfirmen zeigen, dass der Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung weiterhin höchste Priorität eingeräumt werden muss. Die „Panama-Papiere“ geben einen tiefen Einblick in die globale Schattenwirtschaft mit Briefkastenfirmen. Sie dienen zur Verschleierung der tatsächlichen Eigentümer und der undurchsichtigen Herkunft ihrer Vermögen. Damit leisten sie nicht nur Geldwäsche und Steuerbetrug Vorschub, sondern sind auch Teil der wirtschaftlichen und finanziellen Infrastruktur der organisierten Kriminalität und des Terrorismus.

Steuerbetrug, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sind Straftaten. Wer Steuern hinterzieht oder gezielt Offshore-Konstruktionen zur Steuervermeidung nutzt, verweigert sich, einen finanziellen Beitrag für die Gemeinschaft zu leisten, die das öffentliche Leben in den Städten und Gemeinden finanziert.

Die Internationalisierung der Finanzmärkte und der freie Kapitalverkehr haben Steuerumgehung und Steuerflucht, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erleichtert. Die nationalen Aufsichts- und Steuersysteme haben mit dieser wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt halten können. Deshalb ist die internationale Staatengemeinschaft, aber auch die Europäische Union erneut gefordert, rasch und konsequent zu handeln.

Im Rahmen der G20, der OECD und der EU wurden in den letzten Jahren erste Maßnahmen gegen in Steueroasen ansässige Briefkastenfirmen ergriffen. Ein zentrales Element ist dabei die Einführung eines automatischen Informationsaustausches zwischen den Finanzbehörden und die Einrichtung von Unternehmensregistern, um Transparenz zu schaffen. Seit Oktober 2014 haben sich über 90 Staaten diesem Abkommen angeschlossen. Andere - wie Panama oder Hongkong – verweigern sich bis heute.

Und: Es bestehen noch Lücken bei der Regulierung, der Aufsicht und vor allem bei den Konsequenzen für die Täter, aber auch für die Staaten, die weiter Steueroase bleiben wollen. Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion ein internationales, lückenloses Programm gegen Geldwäsche und Steuerbetrug auf Ebene der G20 und des IWF. Wir müssen endlich alle Lücken schließen! Das muss auch Priorität für die deutsche G20-Präsidentschaft ab Dezember 2016 haben.

Kombination aus (inter-)nationalen Maßnahmen

Zwar hat Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) Vorschläge zum Kampf gegen Steuerbetrug gemacht - sie beziehen sich aber nur auf internationale Regeln.

Deshalb fordert die SPD-Fraktion in einem Beschlusspapier eine Kombination aus nationalen, europäischen und internationalen Maßnahmen. Zu den Forderungen gehört:

- ein lückenloses Programm gegen Geldwäsche und Steuerbetrug auf Ebene der G20 und mit Unterstützung des Internationalen Währungsfonds IWF und der OECD, das lückenlose Transparenz schafft, um effektiv gegen internationale Geldwäsche und Steuerhinterziehung vorgehen zu können. Die Einrichtung von Unternehmensregistern mit Angaben zu den wirtschaftlich Begünstigten und Berechtigten muss deshalb international verbindlich vorgegeben werden.
- eine „schwarze Liste". Das Prüfverfahren des Global Forums bei der OECD zu nicht-kooperierenden Staaten ist in den letzten Jahren zu einem stumpfen Schwert geworden. Die Prüfkriterien müssen daher zügig angepasst und verschärft werden.
- Finanzanlagen in Offshore-Gebieten zu verbieten und anonyme Finanzgeschäfte mit Offshore-Gebieten zu verhindern. Dazu wollen die Sozialdemokraten europaweit Banken verpflichten, beim Zahlungsverkehr mit Staaten, die nicht am automatisierten Informationsaustausch teilnehmen, die Kontoinhaber und wirtschaftlich Berechtigten der Transaktion festzustellen.
- harte Sanktionen gegen die geschäftsmäßige Beihilfe zu Geldwäsche und Steuerhinterziehung durch Banken zu verhängen. Banken müssen mit Hilfe des Aufsichtsrechts zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie ihren Kunden bei Geldwäsche oder Steuerhinterziehung helfen. Das hat der Bundesrat bereits 2013 vorgeschlagen, jetzt muss es endlich umgesetzt werden.
- Steuerpflichtigen in Deutschland, so bald als möglich in der gesamten EU, die Geschäftsbeziehungen zu Steueroasen, die auf der „schwarzen Liste" der OECD stehen, unterhalten, erhöhte und sanktionsbewehrte Mitwirkungs- und Informationspflichten gegenüber der deutschen Steuerverwaltung aufzuerlegen, insbesondere zu Beteiligungen an oder Beherrschung von Unternehmen.
- die EU-Geldwäscherichtlinie zügig umzusetzen und dabei die Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche in Deutschland schärfer zu fassen als verlangt. Dazu gehört neben der Errichtung eines nationalen Transparenzregisters auch, für Zahlungen im Geschäftsverkehr eine Obergrenze für Bargeldzahlungen vorzusehen, wie es sie in vielen EU-Mitgliedstaaten bereits gibt, und die Meldepflichten nicht nur von Banken, sondern vor allem auch von Nichtbanken –wie Anwaltskanzleien oder Immobilienmaklern- dort zu verschärfen, wo große Vermögen – insgesamt oder gestückelt – verschoben werden. Das gilt auch für den Immobilienkauf.

→ **Das Beschlusspapier ist abzurufen unter:**
www.spdfraktion.de/system/files/documents/160411-massnahmenplan-steuerbetrug-geldwaesche.pdf

→ **Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Lothar Binding erklärt in einem Video, wie Steuerbetrug mit Briefkastenfirmen funktioniert. Das Video ist abzurufen unter:**
www.spdfraktion.de/themen/so-funktioniert-steuerbetrug-briefkastenfirmen

Buchpreisbindung auch für E-Books

Wichtige kulturpolitische Entscheidung stärkt Autoren und Verlage

Der Bundestag hat am 28. April in 2./3. Lesung einen Gesetzentwurf der Koalition zur Änderung des Buchpreisbindungsgesetzes beschlossen (**Drucksache 18/8043**). Damit wird eine weitere wichtige kulturpolitische Forderung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Nach der Übereinkunft der Großen Koalition, den verminderten Mehrwertsteuersatz auch für Hörbücher einzuführen, wird nun auch die Buchpreisbindung gestärkt. Die Initiative von Bundeswirtschaftsminister **Sigmar Gabriel** (SPD) unterstützt Autoren, Verlage und Buchhändler in der neuen digitalen Welt des Buchvertriebs.

Mit der Änderung wird klargestellt, dass E-Books den festgeschriebenen Verkaufspreisen unterliegen. Die gesetzliche Preisbindung soll zudem für alle Verkäufe an Endkunden in Deutschland gelten. Damit wird mehr Rechtssicherheit geschaffen und eine gesetzliche Regelungslücke geschlossen. Bücher wie auch E-Books werden überall zu einheitlichen Preisen erhältlich sein.

Besonders der Erhalt von kleinen Buchhandlungen in der Fläche, in denen sich Menschen mit Büchern versorgen können, ist ein wichtiges Anliegen, in dem sich immer stärker digitalisierenden Buchmarkt. Ebenso gibt die Initiative mehr Sicherheit für kleinere und mittlere Verlage, stabilisiert deren wirtschaftliche Lage und kommt auch den Autoren und Übersetzern zu Gute.

Wahlkreisbereisung der SPD-Arbeitsgruppe Kultur und Medien

Bei ihrer Berliner Fraktionskollegin **Eva Högl** besuchten die Abgeordneten mehrere innovative Kulturprojekte in Mitte, Wedding und Moabit, von einer Kunstgalerie über eine Bildhauerwerkstatt bis zum Tanz-Event. Die stellv. Fraktionsvorsitzende und ihr Team hatten ein tolles Programm organisiert und sorgten damit für inspirierende kulturelle Eindrücke.

Kulturgutschutzgesetz: Entwurf wird überarbeitet

Bundestagsanhörung zum neuen Kulturgutschutzgesetz: **Martin Dörmann** kündigte anschließend für die SPD-Fraktion das Ziel an, den Gesetzentwurf der Bundesregierung zu überarbeiten und eine praxisnahe Balance herzustellen, die der Doppelnatur von Kulturgütern im Hinblick auf deren identitätsstiftende und wirtschaftliche Bedeutung gerecht wird.

Rückblick von Gerst auf die ISS-Mission „Blue Dot“

Mit ESA-Chef **Jan Wörner** und unserem Astronauten **Alexander Gerst** kamen zwei gute Bekannte zu Vorträgen nach Berlin. Gerst wies bei seinem lebendigen Bericht über seine ISS-Mission „Blue Dot“ auf die Einzigartigkeit und Verwundbarkeit der Erde hin: „Wir haben keinen Ausweichplaneten - deshalb müssen wir die Erde gemeinsam schützen!"

→ **Link zum Interview mit Martin Dörmann über das geplante Kulturgutschutzgesetz im Kölner Stadt-Anzeiger vom 22. März: www.martin-doermann.de/2016/03/22/interview-zum-kulturgutschutzgesetz/**

Reform der Stasi-Unterlagenbehörde

Mitte April waren in der SPD-Arbeitsgruppe Kultur und Medien einige der von der SPD benannten Mitglieder der Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde zu Gast. Deren Vorschläge und Schlussfolgerungen sollen in den nächsten Monaten gesetzlich verankert werden.

Dieter Kosslik zieht positive Berlinale-Bilanz

Gute Perspektiven für die Internationalen Filmfestspiele Berlin: Eine überaus positive Bilanz der letzten Berlinale zog Festival-Direktor **Dieter Kosslick** im Gespräch mit Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien.

Stärkung der Deutschen Welle: Verwaltungsrat besichtigt neue TV-Studios in Berlin

Im Anschluss an eine Gremiensitzung wurden **Martin Dörmann** und die anderen Mitglieder des Verwaltungsrates von Intendant **Peter Limbourg** (Foto) durch die neuen Studios der Deutschen Welle für das englischsprachige TV-Programm geführt. Die SPD-Fraktion hat in dieser Wahlperiode dafür gesorgt, dass unser Auslandssender finanziell gestärkt wurde. Er ist eine Stimme der Freiheit in einer unruhigen Welt, in der Meinungsfreiheit in vielen Ländern bedroht ist.

Berlin Depesche abonnieren

Die Berlin Depesche erscheint etwa siebenmal im Jahr. Sie wird per **eMail** versendet und auf der **Homepage www.martin-doermann.de** eingestellt.

Wer in den **eMail-Verteiler** aufgenommen werden möchte, schickt einfach eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Druckexemplare sind in den drei Bürgerbüros von Martin Dörmann vorrätig. Die Adressen sind auf der letzten Seite aufgeführt.

Weitere Infos bei facebook: www.facebook.com/martin.doermann

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MDB

Aufgabenschwerpunkte

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I
- Arbeitsschwerpunkte: Kultur, Medien, digitale Infrastruktur

Funktionen und Mitgliedschaften im Bundestag (18. WP)

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle
- Mitglied im Vorstand der SPD-Medienkommission

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:
Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam
Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke
Manuela Seifert

Öffnungszeiten
Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann
Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten
Mo. bis Do.: 9 bis 17 Uhr
Fr.: 9 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter
Frank Heinz

Öffnungszeiten
Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiter
Benedikt Dettling

Öffnungszeiten
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2016

Sitzungswochen sind die 2., 4., 7., 8., 11., 15., 17., 19., 22., 23., 25., 27., 36., 38., 39., 42., 45., 47., 48., und 50. KW. Übersichten für 2016 sind abrufbar unter: www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich), Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Klugiewicz, Stefan Stader

BILDNACHWEIS

Friedrich-Ebert-Stiftung: S. 3 o.r.;
Marco Pagano: S. 4 o.;
Stiftung Haus der Geschichte/Axel Thünker: S. 6 m.,r.;
spdfraktion.de, Susi Knoll/Florian Jänicke: S. 8 m.;
Deutscher Bundestag: S. 9 o.;
Pixelio/Dieter Schütz: S. 10;
Pixelio/birgitH: S. 13;
Sonstige: Büro M. Dörmann

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint siebenmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:
martin.doermann@bundestag.de
(SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

FACEBOOK

www.facebook.com/martin.doermann

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de